

BRÜSSELER NOTIZEN

zur Außen- und Entwicklungspolitik

Ausgabe vom
01.03.2024

Berichtszeitraum: 06.02.2024 bis 01.03.2024

Inhalt:

- [1,8 Mrd. EUR für humanitäre Hilfe im Jahr 2024](#)
- [Mehr Ukraine-Hilfen und neue Sanktionen gegen Russland](#)
- [EU-Ruanda Abkommen über Wertschöpfungsketten für nachhaltige Rohstoffe](#)
- [EU stellt 56 Mio. EUR humanitäre Hilfe für Asien und den Pazifik bereit](#)
- [Schutz der Handelswege im Roten Meer](#)
- [EU-Mercosur Abkommen nach wie vor auf Eis](#)
- [EU-Bürger bewerten humanitäre Hilfe der EU als wichtig](#)
- [Kurzmeldungen](#)

1,8 Mrd. EUR für humanitäre Hilfe im Jahr 2024

2023 wurden weniger als 40% der weltweit benötigten Mittel für humanitäre Hilfe bereitgestellt. Die Finanzierungslücke hat damit ein Rekordniveau erreicht. Gleichzeitig steigt der Finanzbedarf zur Bekämpfung globaler Krisen und des Klimawandels weiter an. Um beispielhaft voran zu gehen, hat die EU-Kommission [1,8 Mrd. EUR für humanitäre Hilfe für das Jahr 2024](#) angekündigt. Mit rund 56 % der Mittel ist ein Großteil für den afrikanischen Kontinent und den Nahen Osten vorgesehen. Weitere 115 Mio. EUR fließen in die europäische Nachbarschaft und nach Südosteuropa, insbesondere in die Ukraine. Die Regionen Südasien und Pazifik sowie Lateinamerika und Karibik können mit einer finanziellen Unterstützung von 186 Mio. EUR bzw. 111 Mio. EUR rechnen. Parallel dazu appelliert die EU an die internationale Gemeinschaft, ihr Engagement zu verstärken. Janez Lenarčič, EU-Kommissar für Krisenmanagement, betonte die Notwendigkeit, mehr Ressourcen zu mobilisieren: "2023 wurden mehr als 91% der Beiträge von nur 20 Gebern bereitgestellt, von denen drei - darunter die Europäische Kommission - 58% der weltweit verfügbaren humanitären Hilfe leisten. Das ist langfristig nicht tragbar." LAURA LAHNER

Mehr Ukraine-Hilfen und neue Sanktionen gegen Russland

Rund um den zweiten Jahrestag des russischen Angriffskriegs gegen die Ukraine, den Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen am 24. Februar zu einem Solidaritätsbesuch in Kiew nutzte, hat die EU weitere unterstützende Maßnahmen für den angegriffenen Staat bekannt gegeben. Schon seit Dezember 2023 werden offizielle Beitrittsgespräche zur EU zwischen beiden Parteien geführt. Bei den [neuen Unterstützungshilfen](#) handelt es sich in erster Linie um humanitäre Soforthilfe in Höhe von 83 Millionen EUR, von denen 8 Mio. an den Nachbarstaat Moldau fließen werden. Damit hat die EU bisher insgesamt 88 Mrd. EUR für die Unterstützung der Ukraine aufgewendet. Im Einzelnen entfallen davon 43,3 Mrd. auf Wirtschafts-, Budget- und humanitäre Hilfen, rund 28 Mrd. auf militärische Hilfsmaßnahmen und über 17 Mrd. auf die Bedarfsdeckung der Ukraine-Flüchtlinge in der EU. Flankierend zu den neuen Hilfsleistungen für die Ukraine wurden in einem [13. Sanktionspaket](#) weitere restriktive Maßnahmen gegen den Aggressor Russland verhängt: Davon betroffen sind weitere 106 Personen und 88 Organisationen aus dem russischen Militär- und Verteidigungssektor, zudem werden 27 neue Organisationen, auch in Drittländern beheimatet, sanktioniert, die an der Umgehung von Handelsbeschränkungen beteiligt sind. DR. THOMAS LEEB

EU-Ruanda Abkommen über Wertschöpfungsketten für nachhaltige Rohstoffe

Um ihre Zusammenarbeit im Bereich der Förderung von nachhaltigen und widerstandsfähigen Wertschöpfungsketten für kritische Rohstoffe zu verstärken, schlossen die EU und Ruanda am 19. Februar eine wichtige Vereinbarung ab. Durch die Unterzeichnung dieses [Abkommens](#) soll Ruanda die Möglichkeit gegeben werden, seine Wirtschaft zu diversifizieren, und durch die Integration höherer Standards ein Strukturwandel vorangetrieben werden. Für Ruanda sind Wertschöpfungsketten für Mineralien ein integraler Bestandteil der Wirtschaft. Beim Abbau von Rohstoffen wie Tantal, Zinn, Wolfram, Gold und Niob spielt das Land weltweit eine zentrale Rolle. Zudem befindet sich in Ruanda die einzige Zinnschmelzanlage Afrikas, was das Land zu einem noch wichtigeren Partner für die EU macht. Denn damit die Europäische Union ihre Ziele in den Bereichen grüne und saubere Energie erreichen kann, sind sichere Partnerschaften mit ressourcenreichen Drittländern unabdingbar. Daher wurden im Rahmen des Aktionsplans für kritische Rohstoffe und der Global-Gateway-Strategie in Afrika bereits Vereinbarungen mit der Demokratischen Republik Kongo, der Republik Sambia sowie Namibia abgeschlossen mit dem Ziel, „echte Verbindungen statt Abhängigkeiten zu schaffen“. HANNAH FONTAINE

EU stellt 56 Mio. EUR humanitäre Hilfe für Asien und den Pazifik bereit

Am 2. Februar gab die Europäische Kommission bekannt, im Jahr 2024 insgesamt [56 Mio. EUR für humanitäre Hilfe in Asien und den Pazifik](#) bereitzustellen. Die meisten Mittel sollen an Myanmar (19,2 Mio. EUR) und Bangladesch (26,5 Mio. EUR) fließen, um die humanitären Folgen des anhaltenden Konfliktes in Myanmar abzumildern und die Rohingya-Flüchtlinge, die weiterhin in Bangladesch leben, zu unterstützen. Des Weiteren sind u.a. 4 Mio. EUR für die Naturkatastrophenvorsorge in Nepal sowie 2,6 Mio. EUR für die Philippinen bestimmt. Janez Lenarčič, EU-Kommissar für Krisenmanagement, betonte: „Mit diesen neuen 56 Mio. EUR können unsere Partner vor Ort lebensrettende Hilfe für die am stärksten gefährdeten Menschen leisten und gleichzeitig die lokalen Kapazitäten für die Katastrophenbewältigung stärken.“ MICHELLE WIESNER

Schutz der Handelswege im Roten Meer

Am 19. Februar hat der Rat der EU-Außenminister einen [Militäreinsatz zur Sicherung der Handels-schifffahrt](#) im Nahen Osten beschlossen. Die Entsendung europäischer Kriegsschiffe ins Rote Meer, darunter die deutsche Fregatte „Hessen“, im Rahmen der Operation „Aspides“ dient dazu, Handelsschiffe vor Angriffen der militant-islamistischen Huthi aus dem Jemen zu schützen. Hintergrund für die Beteiligung der EU-Mission an dem internationalen, von den USA angeführten Einsatz ist die strategische Bedeutung des Roten Meeres: Es gilt als einer der wichtigsten Schifffahrtswege für den Welt-handel, der das Mittelmeer über den Suezkanal in Ägypten mit dem Indischen Ozean verbindet.

DR. THOMAS LEEB

EU-Mercosur-Abkommen nach wie vor auf Eis

Anfang Februar scheiterte die jüngste Verhandlungsrunde über das lange verzögerte [Freihandelsabkommen zwischen der EU und den Mercosur-Staaten](#) (Brasilien, Argentinien, Uruguay und Paraguay) erneut. Uneinigkeit herrscht nach wie vor über die Bestimmungen zu Umwelt- und Sozialstandards. Auf europäischer Seite lehnt Frankreich die Unterzeichnung des Abkommens ab. Der freie Zugang zu den lateinamerikanischen Agrarmärkten und -produkten wird zudem von den Landwirten kritisiert. Mit der finalen Unterzeichnung des Mercosur-Abkommens würde die größte Handelszone entstehen, die 20 % der Weltwirtschaft umfasst. Gleichzeitig könnte Europa seinen Kurs der Diversifizierung fortsetzen und seine Abhängigkeit von China reduzieren. Fortschritte wurden dagegen in bilateralen Gesprächen mit Argentinien und Chile erreicht. Im Rahmen eines hochrangigen Delegationsbesuchs aus Argentinien bemühen sich beide Partner um eine Stärkung der [Partnerschaft für nachhaltige Rohstoff-Wertschöpfungsketten](#). Erfreulich ist auch die finale Unterzeichnung des [Fortgeschrittenen Rahmenabkommens zwischen der EU und Chile](#) im Europäischen Parlament, wodurch fortan eine verbesserte Ausgangslage für die politische und wirtschaftliche Zusammenarbeit sowie die Intensivierung der Handels- und Investitionsbeziehungen geschaffen wird. LAURA LAHNER

EU-Bürger bewerten humanitäre Hilfe der EU als wichtig

Die Ergebnisse einer neuen [Eurobarometer-Umfrage](#) vom 9. Februar zeigen, dass die öffentliche Unterstützung für die Rolle der EU bei der Reaktion auf humanitäre Krisen weltweit über die Jahre hinweg zugenommen hat. 91% der Befragten stimmten zu, dass die Finanzierung von humanitären Hilfsmaßnahmen durch die EU wichtig ist. Im Jahr 2010 lag die Zustimmungsrate noch bei 79%. Dass die humanitäre Hilfe effizienter ist, wenn sie von der EU als Ganzes koordiniert wird, bejahte die Mehrheit der Befragten. Darüber hinaus sind fast 9 von 10 Befragten der Ansicht, dass die EU die bestehenden Mittel für humanitäre Hilfe beibehalten oder aufstocken sollte. MICHELLE WIESNER

Der Hohe Vertreter für Außen- und Sicherheitspolitik und Vize-Präsident der Europäischen Kommission Josep Borrell spricht sich [klar gegen eine militärische Operation Israels in Rafah](#) aus.

Als [Reaktion auf die Krise in Ecuador](#) hat die EU eine Soforthilfe in Höhe von 100.000 EUR bereitgestellt, um die Reaktionskapazitäten des Ecuadorianischen Roten Kreuzes zu stärken. Das Land befindet sich nach einem alarmierenden Anstieg von Gewalt und Kriminalität aktuell in einer schweren inneren Sicherheitskrise.

Nach den [Parlaments- und Kommunalwahlen in Belarus](#) am 25. Februar, die unter einer sich zunehmend verschlechternden Menschenrechtslage stattgefunden hatten, bekräftigt der Rat der EU seine „unverbrüchliche Unterstützung für das Streben des belarussischen Volkes nach einem freien, demokratischen, souveränen und unabhängigen Belarus“.

Beim [13. Assoziationsrat der EU und Jordanien](#) in Amman wurde die Lage im Nahen Osten und Jordaniens Rolle bei der Durchführung der Zwei-Staaten-Lösung besprochen. Weitere zentrale Themen waren die Menschenrechtsagenda und die Bildungspolitik Jordaniens sowie eine stärkere Zusammenarbeit in den Bereichen der grünen Innovation und Energieeffizienz.

Um an einer [neuen Partnerschaftsagenda zwischen der EU und Armenien](#) zu arbeiten, kam der Partnerschaftsrat EU-Armenien am 13. Februar zum fünften Mal in Brüssel zusammen. Dabei wurden u.a. die Verpflichtung zur Bekämpfung des Klimawandels sowie zum Ausbau der Rechtsstaatlichkeit, der Menschenrechte und demokratischen Prinzipien bekundet.

Dr. Thomas Leeb, Leiter Europa-Büro Brüssel der Hanns-Seidel-Stiftung e.V.
Unter Mitarbeit von **Michelle Wiesner**, **Laura Lahner** und **Hannah Fontaine**

Impressum

Hanns-Seidel-Stiftung e.V. | Lazarettstraße 33 | 80636 München | www.hss.de
Vorsitzender: Markus Ferber, MdEP | Generalsekretär: Oliver Jörg

Für Rückfragen zum Inhalt erreichen Sie das Büro Brüssel unter
Tel. +32 2 230-5081 | E-Mail: brussels@hss.de

Finden Sie uns auf [Facebook](#), [LinkedIn](#) und [Twitter](#).